

Braucht Baselland drei Spitäler?

Versorgung Trotz Kooperation mit Basel soll in der Agglo ein stationäres Spital geführt werden, fordert der Ärztepräsident

VON HANS-MARTIN JERMANN

Das Universitätsspital Basel (USB) und das Kantonsspital Baselland (KSBL) mit ihren insgesamt 8500 Mitarbeitenden sollen zusammengeführt werden. Dies haben die beiden Gesundheitsdirektoren Lukas Engelberger (BS) und Thomas Weber (BL) gemeinsam mit den Spitzen der beiden Spitäler Ende Juni im Grundsatz beschlossen. Doch wie soll diese Spitalgruppe ausgestaltet werden? Darüber diskutierten am «Stadtgespräch» des Regionaljournals Basel von SRF Engelberger und Weber gemeinsam mit Tobias Eichenberger, Präsident der Ärztesellschaft Baselland, und mit der Gesundheitsökonomin Anna Sax. Es war das erste öffentliche Hearing zur Spital-Kooperation beider Basel. Die bz hat aus dem Gespräch im Hotel Les Trois Rois die zentralen Aussagen durchleuchtet und beantwortet die drängendsten Fragen.

1 Wie wird die geplante Spitalgruppe von den Angestellten beurteilt?

Fundamentale Opposition gegen die Zusammenarbeit bei den öffentlichen Spitälern beider Basel war am «Stadtgespräch» kaum zu vernehmen. Tobias Eichenberger sieht viele Details kritisch. Doch er anerkennt: «Historisch ist das eine einmalige Chance.» Thomas Weber und Lukas Engelberger würden auf Augenhöhe über eine gemeinsame Gesundheitsregion verhandeln. Der Zeitgeist sei anders als noch vor 15 Jahren. Ein Zusammenschluss der öffentlichen Spitäler könnte schweizweite Signale setzen, ist Eichenberger überzeugt. Weit kritischer beurteilt das Konstrukt die Zürcher Gesundheitsökonomin Anna Sax. Angesichts des grossen Leidendrucks und der Feststellung von Weber, dass es so wie bisher nicht weitergehen könne, kommentierte Sax: «Für mich klingt das Ganze nach einer Verzweigungstat.» Doch auch sie anerkennt den Willen zur Kooperation. Die im Publikum anwesende VPOD-Gewerkschaftssekretärin Marianne Meyer betonte ebenso, dass man die Pläne im Grundsatz gutheisse.

2 Dennoch gibt es seitens der Ärzte und Angestelltenverbände Kritik. Woran macht sich diese fest?

Dreh- und Angelpunkt der Kritik ist das Bruderholzspital, einer von drei KSBL-Standorten. Gemäss den Plänen soll auf

dem Bruderholz eine ambulante Tagesklinik anstelle des heutigen stationären Spitals mit erweiterter Grundversorgung gebaut werden. Gewerkschaften wie der VPOD kritisieren, dass ohne öffentliche Diskussion darüber verhandelt wird, die Frauenklinik aus dem Angebot des Bruderholzspitals herauszubrechen und in das private Bethesda-Spital zu integrieren. Unter einem vorzeitigen Abbau der Frauenklinik würden Querschnittfunktionen wie die Radiologie leiden - was den Standort zusätzlich schwäche.

3 Was steckt hinter der Kontroverse um die Frauenklinik am Bruderholz?

Beim VPOD ist man zudem überzeugt, dass das Privatspital Bethesda nie die gleiche Versorgung erbringen werde wie ein öffentliches Spital. Der Baselder Gesundheitsdirektor Thomas Weber verwahrte sich gegen die «Verunglimpfung privater Anbieter». Das KSBL sei seit 2012 aus der Verwaltung ausgelagert, folglich dürfe es Kooperationen suchen und eingehen. Die Versorgung sei auch bei einer Übernahme der Frauenklinik durch das Bethesdaspital gewährleistet, sagte Weber. Rein formell hielt er fest, dass die Kooperation in der Gynäkologie zwischen KSBL und Bethesda nicht Bestandteil der Verhandlungen gewesen sei. Demnach ist die Debatte um die Gynäkologie eher als Begleit- oder Folgeerscheinung des Spitaldeals zu interpretieren.

4 Inwiefern wird der Spitaldeal an sich kritisiert?

Ärztepräsident Eichenberger findet, dass man zu einem unnötigen Zeitpunkt bereits bekannt gegeben habe, dass das Bruderholzspital schliessen werde. Seit 15 Jahren befinde sich dieses auf Schlingerkurs, was die Belegschaft verunsichere. Wenn das so weitergehe, dann kollabiere das Spital in absehbarer Zeit. «Bei der Planung hat man zwei Gruppen vergessen: die Ärzte und die Patienten», kritisierte Eichenberger. «Es ist nicht zielführend, die Katastrophe am Bruderholz herbeizubeschwören», konterte Engelberger. Weber versprach einen «geordneten Übergang» auf dem Bruderholz.

5 Werden zur Zukunft des Standorts Bruderholz Alternativen formuliert?

Der Streit entzündet sich an der Frage, ob es im Baseltal auch künftig drei öf-



Einer von drei Standorten des KSBL - heute noch: Das Bruderholzspital. MARTIN TÖNGI

fentliche Spitäler mit stationärem Angebot geben soll. Ja, findet Ärztepräsident Eichenberger. Das bevölkerungsreiche Unterbaseltal benötige ein eigenes Spital. Dieses müsse aber nicht zwingend auf dem Bruderholz stehen. «Ein Spital mit reduzierter Grundversorgung in Aesch oder Reinach wäre ebenfalls denkbar», sagte er. Nein, finden dagegen die beiden zuständigen Regierungsräte. «Auch aus Kostengründen möchten wir das stationäre Angebot in den öffentlichen Spitälern reduzieren», betonte Lukas Engelberger. In der Schweiz erfolgten heute lediglich 20 Prozent der chirurgischen Eingriffe ambulant, in den Niederlanden oder Dänemark seien es bis zu 50 Prozent. Deshalb sei man überzeugt, dass die neue ambulante Tagesklinik auf dem Bruderholz sinnvoll sein wird. Engelberger führte zudem ins Feld, dass der Zeitpunkt für eine neue Strategie auch wegen des Neubaus des Klinikums 2 im USB günstig sei. Mit anderen Worten: Das USB könnte in Zukunft noch mehr stationäre Patienten aus dem Unterbaseltal aufnehmen.

6 Weshalb ist der Spitaldeal zwischen beiden Basel mit der gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel verknüpft?

Die Basler Regierung will erst dann definitiv über die Spitalgruppe entscheiden, wenn eine gemeinsame und paritätische Finanzierung der Universität Basel gesichert ist. Dies hat die Regierung am Mittwoch bekannt gegeben. «Wir sehen diese beiden Themen verknüpft», führte Engelberger aus. Das USB stütze sich mit seinen Medizern massgeblich an der Universität ab. Die Verflechtung bestehe sowohl inhaltlich als auch finanziell. Demgegenüber sagt Weber, dass es «keine Bedingung, sondern einen logischen Sachzusammenhang» zwischen Spitalern und Uni gebe. Die eingesetzten Delegationen hätten nun die Aufgabe, eine Lösung zu finden, die der Universität, den Kantonsfinanzen beider Basel und der Life-Sciences-Industrie gerecht werde. «Der Kanton Baselland steckt in einer Situation, in der er in verschiedenen Bereichen schmerzhaft Abstriche machen muss.» Die beiden Gesundheitsdirektoren Engelberger und Weber betonten, dass man trotz Debatte um die Uni-Finanzierung mit Hochdruck an der Spitalgruppe weiterarbeite.

Landrat

Diskrete Geburt statt Babyfenster

Im Baseltal wird es für verzweifelte Mütter kein Babyfenster geben: Die Mehrheit des Landrats wollte gestern einem entsprechenden Vorstoss von Sandra Sollberger (SVP, Bubendorf) keine Folge geben. Auch die Regierung erachtete dies in ihrer Antwort als «nicht zielführend». Berichte aus Deutschland zeigten, dass damit die Zahl von Kindstötungen nicht zurückgehe. Ausserdem würde das Recht der Kinder auf Kenntnis der eigenen Abstammung verletzt. Als Alternative sieht die Regierung die Möglichkeit der diskreten Geburt. Diese vermeide die erwähnten Rechtsprobleme, und die psychischen Folgen für Mutter und Kind seien geringer. Ein weiterer Vorstoss hatte die diskrete Geburt, wie sie am Universitätsspital Basel möglich ist, aufs Tapet gebracht.

Sollberger zeigte sich in einem teils emotionalen Votum «enttäuscht und traurig»: Wenn nicht bewiesen sei, dass ein Babyfenster etwas nütze, sei dann bewiesen, dass es nichts nütze?, fragte sie. Andere wiesen darauf hin, dass Babyfenster und diskrete Geburten zweierlei seien: Das eine diene verzweifelten Müttern nach der Geburt, das andere aber zuvor. Und die Identitätsfrage stehe bei beidem nicht im Vordergrund. Wichtig sei, möglichst das Leben jedes Kindes zu retten. (SDA/BZ)

Göttis für Flüchtlinge gesucht

Integration In beiden Basel sollen Freiwillige Flüchtlinge bei der Bewältigung des Alltags unterstützen. Die Projekte starten demnächst.

VON MARTIN HEUTSCHI

Baselland spannt für sein Projekt «Salute» mit dem Roten Kreuz zusammen. Dieses bereitet Freiwillige auf ihre Aufgabe vor und steht ihnen auch während des Einsatzes zur Seite. Der Kanton seinerseits vermittelt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Flüchtlingsfamilien, die sich freiwillig begleiten lassen möchten, wie die Baselder Finanz- und Kirchendirektion gestern mitteilte.

Nach Auskunft von Rolf Rossi, dem Leiter des Baselder Sozialamts, haben sich bereits 60 bis 80 Personen gemeldet, die sich als Gotte oder Göttin von Flüchtlingen zur Verfügung stellen wollen. Damit sich ein Vertrauensverhältnis bilden kann, werde ein längerfristiger Einsatz von ein bis zwei Jahren angestrebt, sagte Rossi auf Anfrage.

Die künftigen Paten sollen die Flüchtlingsfamilien etwa bei Behördengängen begleiten oder mit ihnen an einen Elternabend in der Schule gehen. Auch die Aufklärung über die Regeln bei der Entsorgung von Abfall oder der Benüt-



Auch Nachhilfe ist Gotte-Pflicht. ARCHIV

zung des öffentlichen Verkehrs könnte zu ihren Aufgaben gehören.

Rossi, der im Kanton Baselland auch die Koordinationsstelle für Asylbewerber leitet, hofft auch auf gemeinsame Freizeitaktivitäten von Paten und Flüchtlingen. Das Projekt soll das gegenseitige Vertrauen fördern, Vorurteile abbauen und die Integration beschleunigen. Als positiver Nebeneffekt dürfe «Salute» auch die Sozialdienste der Gemeinden entlasten, sagte Rossi.

Der Kanton Basel-Stadt startet am 1. Oktober ein ähnliches Projekt unter dem Titel «Freiwillige für Flüchtlinge» (FFF), wie das Basler Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ebenfalls gestern bekannt gab. Für das Projekt wurde die Offene Kirche Elisabethen mit der Bildung einer Koordinationsstelle beauftragt.

Im Dezember wird zudem in Basel im Auftrag des Kantons die Kontaktstelle «Wohnraum für Flüchtlinge bei Privaten» bei der GGG eröffnet. Sie nimmt Wohnangebote entgegen und vermittelt sie an Flüchtlinge, die in kantonalen Asylstrukturen untergebracht sind. Die Kontaktstelle wird eng mit der Sozialhilfe zusammenarbeiten. Diese betreut derzeit rund 1200 Asylsuchende, wie es im Communiqué heisst.

Beide Basel sind Pioniere

Die Idee mit den Flüchtlings-Göttis ist so neu nicht. So lancierte die St. Galler Gemeinde Godlach bereits 2013 ein entsprechendes Projekt. Auf kantonaler Ebene sind die beiden Basel nun aber Pioniere. Rolf Rossi kündigte bereits im Mai in der bz an, das Vorhaben weiter zu verfolgen. Ursprünglich war von einem Start Ende Jahr die Rede - nun kommen die Göttis früher zum Einsatz. Noch werden Freiwillige gesucht. Diese können sich bei den entsprechenden kantonalen Stellen melden. (SDA)

Standesinitiative

Eigenmietwert soll abgeschafft werden

Der Kanton Baselland macht einen Vorstoss auf Bundesebene zur Abschaffung von Eigenmietwert und Hypothekenzinsabzug: Der Landrat hat gestern mit 58 zu 22 Stimmen eine Standesinitiative beschlossen, die entsprechende Forderungen zur Wohneigentumsbesteuerung stellt. Die Initiative verlangt vom Bund eine Vereinfachung des Steuersystems bei den direkten Steuern und enthält drei konkrete Punkte. Bei der Wohneigentumsbesteuerung verlangt sie die Streichung des Eigenmietwerts und des Hypothekenzinsabzugs. Jedoch soll ein «angemessener» Abzug für Liegenschaftsunterhaltskosten möglich bleiben.

Der Unterhaltskostenabzug wurde von der FDP eingebracht, nachdem er in der Kommissionsberatung aus der Vorlage gekippt war. Dies sei eine Bevorzugung von Hauseigentümern gegenüber Mietern, hatte es in der Kommission geheissen. Im Rat sahen dies indes nur SP und Grüne so. Die Grünen wollten deswegen aber nicht den Vorstoss gefährden. Ganz gegen die Initiative waren Grüne-Unabhängige und GLP, da diese in einem zweiten Punkt Abzugsmöglichkeiten für Krankheits- und Unfallkosten sowie für gemeinnützige Organisationen gefährde. Als Drittes fordert die Initiative einheitliche Bewertungsregeln bei der interkantonalen Besteuerung. (SDA)